

# Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau

Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau, Ruststraße 5, 06844 Dessau-Roßlau

Herrn Rechtsanwalt  
Rico Schumann  
Lindenstraße 24  
18465 Tribsees

besuchen ich bei  
der (großen) Akten-  
sicht wird zurück  
Danke, Rico

Ihr Zeichen

06122

Geschäfts-Nr. (Bitte stets angeben)

155 AR 14769/11

☎ Durchwahl

0340/202 2161

Datum:

17.01.2013

Allgemeine Rechtssache Peter Fitzek  
Tatvorwurf: Gewinnabschöpfung

## Anlage/n übersende ich

- ☒ zum Verbleib ☐ auf Ihre Anforderung  
☐ mit Dank zurück ☐ zuständigkeitshalber

## mit der Bitte um

- ☐ weitere Veranlassung  
☒ Kenntnisnahme ☐ Rückgabe  
☐ Stellungnahme ☐ bis zum   
☐ Überweisung von 12,00 € auf das angegebene Konto

Auf Anordnung

Fuhlrott  
Justizobersekretärin

**Hausanschrift:**  
Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau  
Ruststraße 5  
06844 Dessau-Roßlau

**Sprechzeiten:**

**Telefon:** (Vermittlung)  
0340/202-0  
**Telefax:**  
0340/2022150

**Bankverbindung:**  
StA DE, LHK-Sonderkto  
Konto-Nr. 81001571  
Deutsche Bundesbank; Fil. MD  
(BLZ: 81000000)

Amtsgericht Dessau-Roßlau

11 Gs 613 /12

- 155 AR 14769/11 – StA Dessau-Roßlau

## Beschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Peter Fitzek

geb. am : 12.08.1965 in Halle /Saale

wh. : Wohnsitz unbekannt

(abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)

Geschäftsanschrift: Coswiger Str. 7, 06886 Lutherstadt  
Wittenberg

wegen wegen Verstoß gegen das Versicherungsaufsichtsgesetz

wird wegen der zu erwartenden Verfallsanordnung zur Sicherung der staatlichen  
Verfallsansprüche

vorläufig vertreten durch das

**Land Sachsen-Anhalt,**

vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Naumburg,

gem. §§ 73 Abs. 1 S. 1, 4, 73a, 73b StGB i.V.m. §§ 111b Abs. 2, 111d, 111e StPO  
i.V.m. §§ 917, 923, 928, 930, 829 ZPO

der

## dingliche Arrest

in das bewegliche und unbewegliche Vermögen, sowie Forderungen und sonstige  
Vermögensrechte des oben genannten Beschuldigten angeordnet. Der Arrest kann  
bis zur Höhe von

**363.800,20 Euro**

vollzogen werden.

Durch die Hinterlegung eines Geldbetrages in Höhe von 363.800,20 Euro wird die  
Vollziehung des Arrestes gehemmt und der Schuldner zum Antrag auf Aufhebung  
des vollzogenen Arrestes berechtigt.

## Gründe:

Nach den bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau, besteht  
der **dringende** Verdacht, dass der Beschuldigte in der Zeit vom 30.06.2009 bis  
21.06.2011 das Versicherungsunternehmen „NeuDeutsche Gesundheitskasse“  
(Gesundheitsfond) betrieben und Mitgliedsbeiträge in Höhe von 363.800,20 Euro  
eingenommen hat, ohne hierfür die für den Geschäftsbetrieb erforderliche Erlaubnis  
der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erhalten zu haben.



„Nach der ständigen Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichtes liegen Versicherungsgeschäfte „(...) dann vor, wenn gegen Entgelt für den Fall eines ungewissen Ereignisses bestimmte Leistungen übernommen werden, wobei das übernommene Risiko auf eine Vielzahl durch die gleiche Gefahr bedrohter Personen verteilt wird und der Risikoübernahme eine auf dem Gesetz der großen Zahl beruhender Kalkulation zugrunde liegt und es hierbei nicht um eine unselbständige Nebenabrede zu einem anderen Geschäft handelt.“ (s. Bd. I Bl. 10 d. Akte)

Gemäß Vermerk des Herrn Mitschke, BaFin, vom 01.12.2010:

„(...) übernimmt Herr Fitzek das Risiko für entstehende Krankheitskosten der sog. Mitglieder der NeuDeutschen Gesundheitskasse (NDGK). Dies ergibt sich aus dem aktuellen Inhalt der von ihm unterhaltenen Internetseiten unter [www.ndgk.de](http://www.ndgk.de) (Stand: 12.10.2010) (...).“

„(...) Herr Fitzek bietet gegenwärtig- und im Wesentlichen unter Beibehaltung der bereits bekannten, die Erlaubnispflicht nach dem VAG begründeten Rahmenbedingungen- den Abschluss von Krankenversicherungsverträgen an und betreibt damit unerlaubt das Versicherungsgeschäft im Sinne der §§ 1, 5 VAG. „

„(...) Inhalt der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Herrn Fitzek bzw. der NDGK und deren sog. Mitgliedern war und ist die Gewährung eines Rechtsanspruchs auf Krankenversicherungsleistungen nach Maßgabe des auf das einzelne sog. Mitglied bezogenen Leistungskataloges einer Krankenkasse bzw. eines Versicherungsunternehmens. (...).“

„(...) Herr Fitzek ist selbst als Betreiber des unerlaubten Versicherungsgeschäfts anzusehen (...).“

(s. Bd. III, Bl. 85, 86, 94 d. Akte)

Mit Bescheid der BaFin vom 01.12.2010 wurde dem Beschuldigten aufgegeben, den Geschäftsbetrieb sofort einzustellen, soweit er unter dem Namen der sogenannten NeuDeutsche Gesundheitskasse das Versicherungsgeschäft unerlaubt dadurch betreibt, dass er Verträge mit sogenannten Mitgliedern der NeuDeutsche Gesundheitskasse (Versicherungsnehmern) abschließt, die die Gewährung eines sogenannten Absicherungsschutzes für Krankheitskosten durch die NeuDeutsche Gesundheitskasse zum Gegenstand haben. Weiterhin wurde dem Beschuldigten aufgegeben, jegliche Werbung einzustellen sowie die bislang betriebenen Geschäfte unverzüglich abzuwickeln.

Der dagegen vom Beschuldigten erhobene Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid der BaFin vom 02.03.2011 (Bd. III Bl. 141 d. A.) zurückgewiesen.

Mit Anordnung der BaFin vom 02.02.2012 (Bd. III Bl. 121 d. A.) wurde dem Beschuldigten aufgegeben, die Geschäfte, die die Gewährung sogenannter Unterstützungsleistungen durch die NeuDeutsche Gesundheitskasse zum Gegenstand haben, unverzüglich abzuwickeln, zudem wurde Rechtsanwalt Stefan Oppermann zum Abwickler bestellt.

Hinsichtlich der Taten handelte der Beschuldigte in der Absicht, sich durch das Betreiben der „NeuDeutsche Gesundheitskasse“ (Gesundheitsfond) eine Einnahmequelle von einigem Umfang und einiger Dauer zu schaffen.

Seine Handlungen sind gem. §§ 5 Abs. 1, 140 VAG mit Strafe bedroht.



Der Beschuldigte ist aus den vorgenannten Gründen, die durch vorliegende Angaben belegt sind, dringend verdächtig, eine Straftat gem. § 73 Abs. 1 StGB verwirklicht zu haben.

363.800,20 Euro sind unstrittig aus der rechtswidrigen Tat erlangtes Eigentum der Beschuldigten geworden. Eine Unmittelbarkeit zwischen den Taten und der Erlangung der 363.800,20 Euro ist ebenfalls gegeben. Durch den bisherigen Zeitverzug ist eine Vermischung mit dem legalen Vermögen der Beschuldigten eingetreten. Insofern bleibt nur Raum für einen Wertersatz i. S. d. § 73 a StGB.

Hierzu wurde bei der Kontenauswertung (Bd. II Bl. 97 d. A.) festgestellt, dass Einnahmen der NeuDeutsche Gesundheitskasse in Höhe von 185.359,86 Euro auf die Konten Nummer 111 093 940 (Unterkonten Nr. 0, 1 und 2) bei der GLS Bank geflossen sind. Als Inhaber dieser Konten ist der Verein BewußtSein e. V. angegeben. Da dieser jedoch nicht existent ist (Bd. IV Bl. 54 d. A.), der Beschuldigte in dessen Namen handelte und auch Kontovollmacht hat, sind diese Konten als Privatkonten des Beschuldigten anzusehen.

Ein weiterer Betrag in Höhe von 178.440,34 Euro ist aus Einnahmen der NeuDeutsche Gesundheitskasse auf die Konten Nummer 557 406 908 und 557 388 907 der Postbank AG geflossen. Inhaber dieser Konten ist der tatsächlich existente Verein Ganzheitliche Wege e. V. Da der Beschuldigte jedoch Kontobevollmächtigter und einziger Vorstandsvorsitzender ist, (Bd. III Bl. 79 d. A.) ist das Guthaben in das tatsächliche wirtschaftliche Vermögen des Beschuldigten übergegangen.

Da begründet zu unterstellen ist, dass den Geschädigten (Mitgliedern) ein Schadensersatzanspruch aus einer unerlaubten Handlung erwachsen sein dürfte, da den sog. Mitgliedern der NeuDeutsche Gesundheitskasse rückwirkende Forderungen drohen, sind dringende Gründe für die Annahme gegeben, dass zur Rückgewinnungshilfe der Wertersatz in Höhe von 363.800,20 Euro im Wege eines dinglichen Arrestes vorläufig zu sichern ist (§ 111 b Abs. 2 und 5, 111d, 111e StPO).

Es besteht die Gefahr, dass ohne die getroffene Anordnung die Vollziehung des Arrestes vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde, wenn ein Beschuldigter mit Maßnahmen zur Sicherung der staatlichen Verfallsansprüche im Wege eines Wertersatzes rechnen muss. Von demjenigen, der sich einen Vermögensvorteil durch eine Straftat verschafft hat, wird im Allgemeinen nicht angenommen werden können, dass er untätig bleibt, wenn er befürchten muss, dass als Ersatz Vermögenswerte für die Sicherung der staatlichen Verfallsansprüche gepfändet werden und hierzu auch auf sein legal erworbenes Vermögen zugegriffen wird.

Aus den vorgenannten Gründen ist zur Sicherung gemäß der §§ 111b Abs. 2 und 5, 111d Abs. 1 und 2, 111e Abs. 1 StPO i.V.m. §§ 917, 923 ZPO der dingliche Arrest in das Vermögen der Beschuldigten anzuordnen.

Eine vorherige Anhörung des Beschuldigten unterblieb, weil sie dem Zweck der Maßnahme zuwiderlaufen würde, § 33 Abs. 4 StPO.

Dessau-Roßlau, den 30. NOV. 2012

St.  
(Zahn )

Richter/in am Amtsgericht

Ausgefertigt:  
Dessau-Roßlau,

30. NOV. 2012  
als Urkundsbeamtin der  
Geschäftsstelle



Amtsgericht Dessau-Roßlau

1. Gs 619/12

155 AR 14769/11 – StA Dessau-Roßlau

## Pfändungsbeschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Peter Fitzek (Schuldner)  
geb. : 12.08.1965 in Halle/ Saale  
wh. : Wohnsitz unbekannt  
(abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)  
Geschäftsanschrift: Coswiger Str. 7, 06886 Lutherstadt  
Wittenberg

wegen Verdachts des Verstoßes gegen das  
Versicherungsaufsichtsgesetz

wird in Vollziehung des **dinglichen Arrestes**  
vom 29.12.12  
des AG Dessau-Roßlau (1. Gs 619/12)

zu Gunsten des **Landes Sachsen-Anhalt,** (Gläubiger)  
vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Naumburg,

gem. § 111f Abs. 3 S. 3 StPO i.V.m. §§ 829 ff., 840 Abs. 1, 928, 930 Abs. 1 ZPO die

## **Pfändung sämtlicher bestehender und künftiger Forderungen**

und Ansprüche des oben genannten **Schuldners**

**gegen die Drittschuldnerin**

Postbank München  
Sitz : Bayerstr. 49, 80335 München  
vertreten durch den Vorstand

**aus den Geschäftsverbindungen,** vor allem aus dem Vertrag bezüglich der Konten  
des Vereins

Ganzheitliche Wege e.V.  
Vorsitzender: Peter Fitzek  
Sitz : Coswiger Str. 7, 06886 Wittenberg



558530901  
557388907  
557411906

aus evtl. Verträgen über Wertpapierverwahrung,

aus der Überlassung eines oder mehrerer Stahlkammerfächer (Safes),

aus Kreditgewährungen und Kreditzusagen, auch aus Verträgen über weitere Konten und Depots, aus dem derzeitigen und zukünftigen Obligo

bis zu einer Höhe von

**178.440,34 EUR**

ohne Rücksicht darauf **angeordnet**, ob Prämienbegünstigungen bestehen.

Insbesondere werden **gepfändet**:

- a) der Anspruch auf Herausgabe von Beträgen und Sachen, die zugunsten des Schuldners bei der Drittschuldnerin eingegangen sind oder noch eingehen werden oder sonstwie von der Drittschuldnerin zugunsten des Schuldners gehalten werden, auch der Anspruch auf Herausgabe solcher Beträge und Sachen an Dritte,
- b) der Anspruch auf Gutschrift von zugunsten des Schuldners eingehender Beträge auf den Konten des Schuldners,
- c) der Anspruch auf Auszahlung oder Überweisung - auch an Dritte - sowohl des sich im Zeitpunkt der Zustellung dieses Beschlusses an die Drittschuldnerin ergebenden als auch jeden späteren aktiven Kontokorrentsaldos oder sonstiger Guthaben, auch zwischen den Saldoabschlüssen,
- d) der Anspruch auf Herausgabe von Wertpapieren aus Sonder- oder Drittverwahrung samt dem Miteigentumsanteil von Stücken im Sammelbestand,
- e) der Anspruch auf Zutritt zum Stahlkammerfach (Safe) und auf Öffnung des Stahlkammerfachs durch die Drittschuldnerin oder ihre Mitwirkung hierzu,
- f) der Anspruch auf Herausgabe verwahrter oder hinterlegter Sachen,
- g) der Anspruch auf Auszahlung der bereitgestellten aber noch nicht ausbezahlten Darlehensvaluta aus zugesagten oder bereitgestellten Krediten,
- h) die Ansprüche auf Herausgabe und Rückübertragung beweglicher Sachen und auf Rückzession von Forderungen und sonstiger Rechte,
- i) die Ansprüche auf (Rück-)Abtretung, Aufhebung (Löschung) von Grundpfandrechten und auf Verzicht auf Grundpfandrechte samt den Ansprüchen auf Erteilung der Bewilligung zur Umschreibung dieser Grundpfandrechte auf den Gläubiger im Grundbuch sowie auf Herausgabe der über diese Grundpfandrechte erstellten Briefe,
- j) die Ansprüche auf Auszahlung der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten und von Teilen davon,
- k) die aus der Geschäftsverbindung sich ergebenden sonstigen Ansprüche und Rechte, z. B. auf Kündigung und Auskunft.

Ferner werden die Eigentümergrundpfandrechte gepfändet, welche dem Schuldner aus der Erfüllung der laut Pkt. i) gepfändeten Abtretungsansprüche entstehen.

Es wird angeordnet,

- a) dass diejenigen Sachen, bezüglich welcher Herausgabeansprüche gepfändet sind, zum Zwecke der Verwertung zugunsten von Gläubigern an einen von diesem zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben sind,
- b) dass der Schuldner die in seinem Besitz befindlichen Sparbücher, Euroscheckformulare und Euroscheckkarten an den Gläubiger herauszugeben hat,
- c) dass ein vom Gläubiger zu beauftragender Gerichtsvollzieher Zutritt zu dem Stahlkammerfach des Schuldners zum Zwecke der Pfändung des Inhaltes hat,
- d) dass der Gläubiger das Sparbuch unverzüglich nach Befriedigung der Vollstreckungsforderung an den Schuldner zurückzugeben hat, falls es nicht von der Drittschuldnerin einbehalten wird,
- e) dass der Schuldner die über die im Pkt. i) bezeichneten Grundpfandrechte etwa erstellten Briefe an den Gläubiger herauszugeben hat.

Der Drittschuldnerin wird verboten, an den Schuldner zu leisten. Ihr wird weiter aufgetragen, sich gemäß der beiliegenden Drittschuldnererklärung (§ 840 ZPO) binnen 14-Tagesfrist gegenüber dem Gläubiger zu erklären,

- ob und inwieweit sie die gepfändete Forderung als begründet anerkennen,
- ob und welche Ansprüche andere Personen an den gepfändeten Forderungen erheben und
- ob und wegen welchen Ansprüchen die gepfändeten Forderungen bereits durch andere Gläubiger gepfändet worden sind.

Dem Schuldner wird geboten, sich jeder Verfügung über die gepfändeten Forderungen und Ansprüche, insbesondere der Einziehung zu enthalten. Dem Schuldner wird weiter geboten, die über die im Pkt. i) bezeichneten Grundpfandrechte etwa erstellten Briefe an den Gläubiger herauszugeben.

Dessau-Roßlau, den 3.12.2012

fb.  
( Poter )  
Rechtsanwalt



Ausgefertigt:  
Dessau-Roßlau,

04.12.2012  
als Urkunde  
Glaubhaftstelle



Amtsgericht Dessau-Roßlau

11 Gs 6131/12

155 AR 14769/11 – StA Dessau-Roßlau

## Pfändungsbeschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Peter Fitzek (Schuldner)  
geb. : 12.08.1965 in Halle/ Saale  
wh. : Wohnsitz unbekannt  
(abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)  
Geschäftsanschrift: Coswiger Str. 7, 06886 Lutherstadt  
Wittenberg

wegen Verdachts des Verstoßes gegen das  
Versicherungsaufsichtsgesetz

wird in Vollziehung des **dinglichen Arrestes**  
vom 30.11.12  
des AG Dessau-Roßlau (11 Gs 6131/12)

zu Gunsten des **Landes Sachsen-Anhalt,** (Gläubiger)  
vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Naumburg,

gem. § 111f Abs. 3 S. 3 StPO i.V.m. §§ 829 ff., 840 Abs. 1, 928, 930 Abs. 1 ZPO die

## **Pfändung sämtlicher bestehender und künftiger Forderungen**

und Ansprüche des oben genannten **Schuldners**

**gegen die Drittschuldnerin**

Sparkasse Wittenberg  
Sitz : Am Alten Bahnhof 3, 06886 Lutherstadt Wittenberg  
vertreten durch den Vorstand

**aus allen Geschäftsverbindungen,** vor allem aus dem Vertrag zum Konto der

Erika Fitzek  
geb. am : 10.06.1936 in Piesteritz  
wh. : Gartenstr. 3, 06889 Wittenberg,  
OT Nudersdorf,

mit Konto-Nr.: **44458**

aus evtl. Verträgen über Wertpapierverwahrung,

aus der Überlassung eines oder mehrerer Stahlkammerfächer (Safes),

aus Kreditgewährungen und Kreditzusagen, auch aus Verträgen über weitere Konten und Depots, aus dem derzeitigen und zukünftigen Obligo

bis zu einer Höhe von

**5430,- EUR**

ohne Rücksicht darauf **angeordnet**, ob Prämienbegünstigungen bestehen.

Insbesondere werden **gepfändet**:

- a) der Anspruch auf Herausgabe von Beträgen und Sachen, die zugunsten des Schuldners bei der Drittschuldnerin eingegangen sind oder noch eingehen werden oder sonstwie von der Drittschuldnerin zugunsten des Schuldners gehalten werden, auch der Anspruch auf Herausgabe solcher Beträge und Sachen an Dritte,
- b) der Anspruch auf Gutschrift von zugunsten des Schuldners eingehender Beträge auf den Konten des Schuldners,
- c) der Anspruch auf Auszahlung oder Überweisung - auch an Dritte - sowohl des sich im Zeitpunkt der Zustellung dieses Beschlusses an die Drittschuldnerin ergebenden als auch jeden späteren aktiven Kontokorrentsaldos oder sonstiger Guthaben, auch zwischen den Saldoabschlüssen,
- d) der Anspruch auf Herausgabe von Wertpapieren aus Sonder- oder Drittverwahrung samt dem Miteigentumsanteil von Stücken im Sammelbestand,
- e) der Anspruch auf Zutritt zum Stahlkammerfach (Safe) und auf Öffnung des Stahlkammerfachs durch die Drittschuldnerin oder ihre Mitwirkung hierzu,
- f) der Anspruch auf Herausgabe verwahrter oder hinterlegter Sachen,
- g) der Anspruch auf Auszahlung der bereitgestellten aber noch nicht ausbezahlten Darlehensvaluta aus zugesagten oder bereitgestellten Krediten,
- h) die Ansprüche auf Herausgabe und Rückübertragung beweglicher Sachen und auf Rückzession von Forderungen und sonstiger Rechte,
- i) die Ansprüche auf (Rück-)Abtretung, Aufhebung (Löschung) von Grundpfandrechten und auf Verzicht auf Grundpfandrechte samt den Ansprüchen auf Erteilung der Bewilligung zur Umschreibung dieser Grundpfandrechte auf den Gläubiger im Grundbuch sowie auf Herausgabe der über diese Grundpfandrechte erstellten Briefe,
- j) die Ansprüche auf Auszahlung der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten und von Teilen davon,
- k) die aus der Geschäftsverbindung sich ergebenden sonstigen Ansprüche und Rechte, z. B. auf Kündigung und Auskunft.



Ferner werden die Eigentümergrundpfandrechte gepfändet, welche dem Schuldner aus der Erfüllung der laut Pkt. i) gepfändeten Abtretungsansprüche entstehen.

Es wird angeordnet,

- a) dass diejenigen Sachen, bezüglich welcher Herausgabeansprüche gepfändet sind, zum Zwecke der Verwertung zugunsten von Gläubigern an einen von diesem zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben sind,
- b) dass der Schuldner die in seinem Besitz befindlichen Sparbücher, Euroscheckformulare und Euroscheckkarten an den Gläubiger herauszugeben hat,
- c) dass ein vom Gläubiger zu beauftragender Gerichtsvollzieher Zutritt zu dem Stahlkammerfach des Schuldners zum Zwecke der Pfändung des Inhaltes hat,
- d) dass der Gläubiger das Sparbuch unverzüglich nach Befriedigung der Vollstreckungsforderung an den Schuldner zurückzugeben hat, falls es nicht von der Drittschuldnerin einbehalten wird,
- e) dass der Schuldner die über die im Pkt. i) bezeichneten Grundpfandrechte etwa erstellten Briefe an den Gläubiger herauszugeben hat.

Der Drittschuldnerin wird verboten, an den Schuldner zu leisten. Ihr wird weiter aufgetragen, sich gemäß der beiliegenden Drittschuldnererklärung (§ 840 ZPO) binnen 14-Tagesfrist gegenüber dem Gläubiger zu erklären,

- ob und inwieweit sie die gepfändete Forderung als begründet anerkennen,
- ob und welche Ansprüche andere Personen an den gepfändeten Forderungen erheben und
- ob und wegen welchen Ansprüchen die gepfändeten Forderungen bereits durch andere Gläubiger gepfändet worden sind.

Dem Schuldner wird geboten, sich jeder Verfügung über die gepfändeten Forderungen und Ansprüche, insbesondere der Einziehung zu enthalten. Dem Schuldner wird weiter geboten, die über die im Pkt. i) bezeichneten Grundpfandrechte etwa erstellten Briefe an den Gläubiger herauszugeben.

Dessau-Roßlau, den 3.12., 2012

fr.  
( Pöhlke )  
Rechtspfleger



Ausgefertigt:  
Dessau-Roßlau,

04. DEZ. 2012  
als Urkunde gemäß der  
Geschäftsstelle

Amtsgericht Dessau-Roßlau

1. Gs 6 19/12

155 AR 14769/11 – StA Dessau-Roßlau

## Pfändungsbeschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Peter Fitzek (Schuldner)  
geb. : 12.08.1965 in Halle/ Saale  
wh. : Wohnsitz unbekannt  
(abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)  
Geschäftsanschrift: Coswiger Str. 7, 06886 Lutherstadt  
Wittenberg

wegen Verdachts des Verstoßes gegen das  
Versicherungsaufsichtsgesetz

wird in Vollziehung des **dinglichen Arrestes**  
vom 30.11.12  
des AG Dessau-Roßlau (1. Gs 6 19/12)

zu Gunsten des **Landes Sachsen-Anhalt,** (Gläubiger)  
vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Naumburg,

gem. § 111f Abs. 3 S. 3 StPO i.V.m. §§ 829 ff., 840 Abs. 1, 928, 930 Abs. 1 ZPO die

## **Pfändung sämtlicher bestehender und künftiger Forderungen**

und Ansprüche des oben genannten **Schuldners**

**gegen die Drittschuldnerin**

Sparkasse Wittenberg  
Sitz : Am Alten Bahnhof 3, 06886 Lutherstadt Wittenberg  
vertreten durch den Vorstand

**aus allen Geschäftsverbindungen,** vor allem aus dem Vertrag zum Konto  
mit Konto-Nr.:

**37478**

aus evtl. Verträgen über Wertpapierverwahrung,

aus der Überlassung eines oder mehrerer Stahlkammerfächer (Safes),



aus Kreditgewährungen und Kreditzusagen, auch aus Verträgen über weitere Konten und Depots, aus dem derzeitigen und zukünftigen Obligo

bis zu einer Höhe von

**363.800,20 EUR**

ohne Rücksicht darauf **angeordnet**, ob Prämienbegünstigungen bestehen.

Insbesondere werden **gepfändet**:

- a) der Anspruch auf Herausgabe von Beträgen und Sachen, die zugunsten des Schuldners bei der Drittschuldnerin eingegangen sind oder noch eingehen werden oder sonstwie von der Drittschuldnerin zugunsten des Schuldners gehalten werden, auch der Anspruch auf Herausgabe solcher Beträge und Sachen an Dritte,
- b) der Anspruch auf Gutschrift von zugunsten des Schuldners eingehender Beträge auf den Konten des Schuldners,
- c) der Anspruch auf Auszahlung oder Überweisung - auch an Dritte - sowohl des sich im Zeitpunkt der Zustellung dieses Beschlusses an die Drittschuldnerin ergebenden als auch jeden späteren aktiven Kontokorrentsaldos oder sonstiger Guthaben, auch zwischen den Saldoabschlüssen,
- d) der Anspruch auf Herausgabe von Wertpapieren aus Sonder- oder Drittverwahrung samt dem Miteigentumsanteil von Stücken im Sammelbestand,
- e) der Anspruch auf Zutritt zum Stahlkammerfach (Safe) und auf Öffnung des Stahlkammerfachs durch die Drittschuldnerin oder ihre Mitwirkung hierzu,
- f) der Anspruch auf Herausgabe verwahrter oder hinterlegter Sachen,
- g) der Anspruch auf Auszahlung der bereitgestellten aber noch nicht ausbezahlten Darlehensvaluta aus zugesagten oder bereitgestellten Krediten,
- h) die Ansprüche auf Herausgabe und Rückübertragung beweglicher Sachen und auf Rückzession von Forderungen und sonstiger Rechte,
- i) die Ansprüche auf (Rück-)Abtretung, Aufhebung (Löschung) von Grundpfandrechten und auf Verzicht auf Grundpfandrechte samt den Ansprüchen auf Erteilung der Bewilligung zur Umschreibung dieser Grundpfandrechte auf den Gläubiger im Grundbuch sowie auf Herausgabe der über diese Grundpfandrechte erstellten Briefe,
- j) die Ansprüche auf Auszahlung der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten und von Teilen davon,
- k) die aus der Geschäftsverbindung sich ergebenden sonstigen Ansprüche und Rechte, z. B. auf Kündigung und Auskunft.

Ferner werden die Eigentümergrundpfandrechte gepfändet, welche dem Schuldner aus der Erfüllung der laut Pkt. i) gepfändeten Abtretungsansprüche entstehen.

Es wird angeordnet,

- a) dass diejenigen Sachen, bezüglich welcher Herausgabeansprüche gepfändet sind, zum Zwecke der Verwertung zugunsten von Gläubigern an einen von diesem zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben sind,
- b) dass der Schuldner die in seinem Besitz befindlichen Sparbücher, Euroscheckformulare und Euroscheckkarten an den Gläubiger herauszugeben hat,
- c) dass ein vom Gläubiger zu beauftragender Gerichtsvollzieher Zutritt zu dem Stahlkammerfach des Schuldners zum Zwecke der Pfändung des Inhaltes hat,
- d) dass der Gläubiger das Sparbuch unverzüglich nach Befriedigung der Vollstreckungsforderung an den Schuldner zurückzugeben hat, falls es nicht von der Drittschuldnerin einbehalten wird,
- e) dass der Schuldner die über die im Pkt. i) bezeichneten Grundpfandrechte etwa erstellten Briefe an den Gläubiger herauszugeben hat.

Der Drittschuldnerin wird verboten, an den Schuldner zu leisten. Ihr wird weiter aufgetragen, sich gemäß der beiliegenden Drittschuldnererklärung (§ 840 ZPO) binnen 14-Tagesfrist gegenüber dem Gläubiger zu erklären,

- ob und inwieweit sie die gepfändete Forderung als begründet anerkennen,
- ob und welche Ansprüche andere Personen an den gepfändeten Forderungen erheben und
- ob und wegen welchen Ansprüchen die gepfändeten Forderungen bereits durch andere Gläubiger gepfändet worden sind.

Dem Schuldner wird geboten, sich jeder Verfügung über die gepfändeten Forderungen und Ansprüche, insbesondere der Einziehung zu enthalten. Dem Schuldner wird weiter geboten, die über die im Pkt. i) bezeichneten Grundpfandrechte etwa erstellten Briefe an den Gläubiger herauszugeben.

Dessau-Roßlau, den 3.12.2012

jetzt  
( Föhl  
Rechtspfleger )

Ausgefertigt:  
Dessau-Roßlau,

04. DEZ. 2012  
als Urkundsbekanntin der  
Geschäftsstelle

